S 22 KR 295/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Betriebsprüfung – Verpflichtung eines Unternehmens, das Eventgastronomie und Menütransportdienst betreibt, zur Abgabe der Sofortmeldung nach § 28a Abs 4 SGB IV – Zuständigkeit des Rentenversicherungsträgers für Feststellung der Sofortmeldepflicht
Leitsätze	Zur Feststellung, ob Arbeitgeber wegen ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen und -bereichen den Tag des Beginns eines Beschäftigungsverhältnisses spätestens bei dessen Aufnahme an die Datenstelle der Rentenversicherung zu melden haben (Sofortmeldepflicht), sind nicht die Einzugsstellen, sondern die Träger der Rentenversicherung im Rahmen einer Betriebsprüfung ermächtigt.
Normenkette	SGB IV § 28a Abs 1 S 1; SGB IV § 28a Abs 4; SGB IV § 28b Abs 1 F: 2009-11-12; SGB IV § 28h Abs 2 S 1 F: 2010-08-05; SGB IV § 28p Abs 1 S 1; SGB IV § 28p Abs 1 S 2; SGB IV § 28p Abs 1 S 3; SGB IV § 28p Abs 1 S 5; SGB IV § 28p Abs 2; SGB IV § 98 Abs 2 F: 2016-11-11; SGB IV § 111 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst b F: 2017-03-06; BeitrVV § 7 Abs 4 S 2; DEÜV § 33 Abs 1 F: 2006-01-23

1. Instanz

Aktenzeichen	S 22 KR 295/17
Datum	10.10.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 KR 715/17
Datum	25.11.2020

3. Instanz

Datum 13.03.2023

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 25.Â November 2020 aufgehoben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 10.Â Oktober 2017 zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beklagte trÃ¤gt die Kosten des Rechtsstreits auch im Berufungs und Revisionsverfahren mit Ausnahme der Kosten der Beigeladenen.

Der Streitwert wird auf 5000Â Euro festgesetzt.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die KlÃ¤gerin wendet sich gegen einen ihre Sofortmeldepflicht zur Datenstelle der Rentenversicherung feststellenden Bescheid der Beklagten.

2
Unternehmensgegenstand der klagenden GmbHÂ &Â CoÂ KG ist die Herstellung und der Vertrieb von Mahlzeiten sowie die Dienstleistung des Caterings fÃ¼r andere Unternehmen. Im GeschÃ¤ftsbereich Business Catering unterstÃ¼tzt sie Kunden bei der Planung und/oder dem Betrieb von Betriebsrestaurants, im Unternehmensbereich Event-Catering plant und fÃ¼hrt sie Veranstaltungen wie Weihnachtsfeiern, Sommerfeste und MitarbeiterjubilÃ¤en durch. Nachdem das Hauptzollamt Ermittlungen wegen VerstoÃes gegen die Sofortmeldepflicht eingeleitet hatte, beantragte die KlÃ¤gerin bei der beklagten Einzugsstelle die Feststellung, dass sie nicht der Sofortmeldepflicht unterliege. Die Beklagte stellte daraufhin die â uneingeschrÃ¤nkte Sofortmeldepflichtâ der KlÃ¤gerin fest (Bescheid vom 28.11.2016, Widerspruchsbescheid vom 14.3.2017).

3
Das SG hat die Bescheide der Beklagten aufgehoben und den auf Feststellung des Nichtbestehens der Sofortmeldepflicht gerichteten Klageantrag abgewiesen. FÃ¼r die Feststellung der Sofortmeldepflicht fehle es der Beklagten an einer Rechtsgrundlage. Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV regele nur die Voraussetzungen der Sofortmeldepflicht an den RentenversicherungstrÃ¤ger, enthalte aber keine Feststellungsbefugnis der Einzugsstelle. Â§Â 28h AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IV berechtige zur Feststellung der Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he, ermÃ¤chtige aber ebenfalls nicht zur Feststellung der Sofortmeldepflicht. Die Feststellungsklage sei mangels Feststellungsinteresses unzulÃ¤ssig, da die Beklagte zur begehrten

Feststellung nicht befugt sei (Urteil des SG Detmold vom 10.10.2017).

4
Auf die Berufung der Beklagten hat das LSG das erstinstanzliche Urteil geÃ¤ndert und die Klage abgewiesen. Zur BegrÃ¼ndung hat es ausgefÃ¼hrt, aus der Verpflichtung der Arbeitgeber zur Sofortmeldung nach Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV folge deren Berechtigung, hierÃ¼ber eine verbindliche Entscheidung durch Verwaltungsakt herbeifÃ¼hren zu lassen. Nach dem Regelungszusammenhang des Dritten Abschnitts des SGBÂ IV seien die Einzugsstellen zur KlÃ¤rung aller mit den Meldepflichten des Arbeitgebers und der Entrichtung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags zusammenhÃ¤ngenden Fragen zustÃ¤ndig, soweit Â wie hierÂ eine verdrÃ¤ngende SonderzustÃ¤ndigkeit nicht bestehe. Eine solche Sonderzuweisung ergebe sich nicht daraus, dass Adressat der Sofortmeldung die Datenstelle der RentenversicherungstrÃ¤ger sei. Diese speichere die Daten lediglich zur BekÃ¤mpfung von Schwarzarbeit. Die Beklagte habe zutreffend den Begriff der â□□GaststÃ¤tteâ□□ am sozialversicherungsrechtlichen Zweck der EindÃ¤mmung von Schwarzarbeit in davon besonders gefÃ¤hrdeten Wirtschaftsbereichen orientiert ausgelegt und nicht auf die von Â§Â 1 GaststÃ¤ttengesetz (GastG) erfassten GaststÃ¤tten beschrÃ¤nkt.

5
Die KlÃ¤gerin rÃ¼gt mit ihrer Revision die Entscheidungskompetenz der Einzugsstelle und (sinngemÃ¤Ã□) die Verletzung des Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV. Die Sofortmeldepflicht sei allein in dieser Vorschrift normiert und bestehe gegenÃ¼ber der Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung (DRV). Der Datenstelle komme nicht nur die Funktion einer ansonsten kompetenzlosen â□□Datenannahmestelleâ□□ zu. Die Feststellung Ã¼ber die Sofortmeldepflicht Ã¤hnele dem Statusfeststellungsverfahren nach Â§Â 7a SGB�â IV, fÃ¼r das die beigeladene DRV Bund zustÃ¤ndig sei. Im Ã□brigen sei der Begriff der GaststÃ¤tte anhand des Â§Â 1 GastG auszulegen.

6
Die KlÃ¤gerin beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 25.Â November 2020 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 10.Â Oktober 2017 zurÃ¼ckzuweisen.

7
Die Beklagte beantragt,
die Revision der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

8
Ihre Befugnis zur verbindlichen Entscheidung Ã¼ber die Sofortmeldepflicht ergebe sich aus Â§Â 28a AbsÂ 4 und Â§Â 98 AbsÂ 2 SGBÂ IV in Verbindung mit (iVm) Â§Â 33 AbsÂ 1 Datenerfassungs und Ã¼bermittlungsverordnung (DEÃ□V). Die Einzugsstelle habe die GeneralzustÃ¤ndigkeit fÃ¼r alle Fragen zu Meldungen der Arbeitgeber, zur Versicherungspflicht und HÃ¶he der GesamtsozialversicherungsbeitrÃ¤ge sowie zur Einziehung der BeitrÃ¤ge. Nur fÃ¼r

BetriebsprÃ¼fungen nach Â§Â 28p SGBÂ IV und Statusfeststellungsverfahren nach Â§Â 7a SGBÂ IV bestehe eine abweichende ZustÃ¤ndigkeit der DRV. Â§Â 28b SGBÂ IV weise der Einzugsstelle die Aufgabe zu, Entscheidungen im Rahmen der Meldeverfahren zu treffen. Der Gesetzgeber habe mit Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV nur den Meldeweg und die Annahmestelle geÃ¤ndert, ohne die Entscheidungsbefugnis Ã¼ber die Versicherungspflicht und die PrÃ¼fung der ErfÃ¼llung der Meldepflicht zu verlagern. Die KlÃ¤gerin sei wegen ihres GaststÃ¤ttengewerbes auch sofortmeldepflichtig. Die in Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV aufgezÃ¤hlten Wirtschaftszweige seien weit zu verstehen.

9
Die beigeladene DRV Bund hat keinen Antrag gestellt.

II

10
Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist begrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG). Das LSG hat zu Unrecht das Urteil des SG geÃ¤ndert und die Anfechtungsklage (Â§Â 54 AbsÂ 1 SGG) insgesamt abgewiesen. Das SG hat den Bescheid der Beklagten vom 28.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.3.2017 zu Recht wegen KompetenzÃ¼berschreitung aufgehoben. Der von der Beklagten als sachlich unzustÃ¤ndige BehÃ¶rde erlassene Verwaltungsakt ist rechtswidrig und verletzt die KlÃ¤gerin in ihren Rechten. Â§Â 42 SatzÂ 1 SGBÂ X (idF der Bekanntmachung vom 18.1.2001, BGBlÂ IÂ 130), wonach die Aufhebung eines nicht nach Â§Â 40 SGBÂ X nichtigen Verwaltungsakts nicht allein deshalb beansprucht werden kann, weil er unter Verletzung von Vorschriften Ã¼ber die Ã¶rtliche ZustÃ¤ndigkeit zustande gekommen ist, ist auf die sachliche ZustÃ¤ndigkeit nicht entsprechend anzuwenden (BSG Urteil vom 23.9.2003 Â BÂ 12Â RA 3/02Â RÂ SozR 42400 Â§Â 28h NrÂ 1 RdNrÂ 14 mwN). Die beklagte Einzugsstelle ist weder gemÃ¤Ã Â§Â 98 AbsÂ 2 SGBÂ IV iVm Â§Â 33 AbsÂ 1 DEÃV (dazuÂ 1.) noch nach Â§Â 28b AbsÂ 1 SGBÂ IV (dazuÂ 2.) und auch nicht nach Â§Â 28h AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IV in unmittelbarer (dazuÂ 3.) oder analoger (dazuÂ 4.) Anwendung zur Feststellung der Sofortmeldepflicht befugt. Ob die KlÃ¤gerin aufgrund ihres Gewerbes der Sofortmeldepflicht unterliegt, ist hingegen nicht zu entscheiden. Die insoweit erhobene Feststellungsklage (Â§Â 55 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGG) hat das SG mangels Berufung der KlÃ¤gerin rechtskrÃ¤ftig abgewiesen.

11
1.Â Nach Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 bisÂ 3 SGBÂ IV (idF des 6.Â SGBÂ IV-Ãnderungsgesetzes vom 11.11.2016, BGBlÂ IÂ 2500) unterzieht die Einzugsstelle Meldungen nach Â§ 28a SGBÂ IV einer automatisierten inhaltlichen PrÃ¼fung im Abgleich mit ihren Bestandsdaten (BestandsprÃ¼fung); sie hat festgestellte Abweichungen mit dem Meldepflichtigen aufzuklÃ¤ren und diesem eine inhaltliche VerÃ¤nderung unverzÃ¼glich zu melden. GemÃ¤Ã Â§Â 33 AbsÂ 1 DEÃV (idF der Bekanntmachung vom 23.1.2006, BGBlÂ IÂ 152) prÃ¼ft die Annahmestelle die Meldungen auf VollstÃ¤ndigkeit und Richtigkeit, insbesondere darauf, dass die Meldungen nur die zugelassenen Zeichen, SchlÃ¼sselzahlen und sonstigen vorgesehenen Angaben enthalten. Diese Vorschriften regeln die PrÃ¼fung bereits

tatsÃ¤chlich vorhandener Daten. Eine Befugnis zur verbindlichen Feststellung der Verpflichtung zur DatenÃ¼bermittlung enthalten sie nicht.

12
2.Â Die Beklagte kann sich ferner nicht auf Â§Â 28b AbsÂ 1 SGBÂ IV (idF der Bekanntmachung vom 12.11.2009, BGBlÂ IÂ 3710) berufen, der die â□□Aufgaben der Einzugsstelle bei Meldungenâ□□ regelte. Danach nimmt die Einzugsstelle die Meldung fÃ¼r die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), Rentenversicherung (GRV), nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung und fÃ¼r die soziale Pflegeversicherung (sPV) entgegen, soweit durch dieses Gesetzbuch nichts anderes bestimmt ist (SatzÂ 1). Zudem hat sie dafÃ¼r zu sorgen, dass die Meldungen rechtzeitig erstattet werden, die erforderlichen Angaben vollstÃ¤ndig und richtig enthalten sind und die Meldungen rechtzeitig weitergeleitet werden (SatzÂ 3). Dieser Absatz ist zum 1.7.2015 durch das FÃ¼nfte Gesetz zur Ã□nderung des SGBÂ IV und anderer Gesetze vom 15.4.2015 (5.Â SGBÂ IVÃ□ndG; BGBlÂ IÂ 583) aufgehoben worden und war daher bei Erlass der hier angefochtenen Bescheide nicht mehr in Kraft. UnabhÃ¤ngig davon sind die Regelungen zwar zum 1.1.2016 durch das 5.Â SGBÂ IVÃ□ndG inhaltsgleich in Â§Â 98 AbsÂ 1 SGBÂ IV Ã¼berfÃ¼hrt worden. Sie betreffen aber lediglich die Entgegennahme von Meldungen sowie deren Rechtzeitigkeit und Richtigkeit.

13
3.Â Auch Â§Â 28h AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IV (idF des Dritten Gesetzes zur Ã□nderung des SGBÂ IV und anderer Gesetze vom 5.8.2010, BGBlÂ IÂ 1127) ermÃ¤chtigt die Einzugsstelle nicht zur verbindlichen Feststellung der Sofortmeldepflicht. Danach entscheidet sie Ã¼ber die Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he in der GKV, sPV, GRV sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung. Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he werden bezogen auf konkrete BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisse personenbezogen (BSG Urteil vom 23.5.1995 Â 12Â RK 63/93Â SozR 32400 Â§Â 28h NrÂ 3 SÂ 5Â f; vgl auch zuletzt BSG Urteil vom 18.10.2022 Â BÂ 12Â R 7/20Â RÂ juris RdNrÂ 13Â ff, zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen) als Grundlage der Meldung durch die Arbeitgeber nach Â§Â 28a AbsÂ 1 SGBÂ IV und letztlich zur Einziehung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (Â§Â 28h AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV idF der Bekanntmachung vom 12.11.2009, BGBlÂ IÂ 3710) festgestellt. Die ErmÃ¤chtigung zur Entscheidung Ã¼ber Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he dient der Durchsetzung der Meldepflicht nach Â§Â 28a AbsÂ 1 SGBÂ IV und der Pflicht zur Ã□bermittlung der Beitragsnachweise nach Â§Â 28f AbsÂ 3 SatzÂ 1 SGBÂ IV. Die Sofortmeldung nach Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV bezieht sich hingegen auf (sÃ¤mtliche) BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisse bei Arbeitgebern bestimmter Wirtschaftsbereiche oder zweige und knÃ¼pft damit an beschÃ¤ftigungsÃ¼bergreifende, das Unternehmen als solches kennzeichnende Merkmale an. Deren Feststellung betrifft nicht die Versicherungspflicht oder BeitragshÃ¶he in Bezug auf einzelne BeschÃ¤ftigte und ist deshalb nicht von der ErmÃ¤chtigung des Â§Â 28h AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IV gedeckt.

14
Anders als die individuelle beschÃ¤ftigungsbezogene Feststellung von Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he dient die Sofortmeldung auch nicht dem

Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (Â§Â 28h AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV). Sie beschrÃ¤nkt sich auf wenige, fÃ¼r den Beitragseinzug nicht ausreichende Daten Ã¼ber die BeschÃ¤ftigten (Tag der BeschÃ¤ftigungsaufnahmen, Familien und Vornamen, Versicherungsnummer, Betriebsnummer des Arbeitgebers, Â§Â 28a AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ IV) und besteht gegenÃ¼ber der Datenstelle der Rentenversicherung. Ihr Zweck ist die sofortige VerfÃ¼gbarkeit der Information Ã¼ber das Bestehen einer BeschÃ¤ftigung in einer Branche, in der ein erhÃ¶htes Risiko fÃ¼r illegale BeschÃ¤ftigung besteht, bei der Datenstelle der GRV (BTDrucks 16/10488 SÂ 13) zum automatisierten Abruf durch die RentenversicherungstrÃ¤ger und das Hauptzollamt im Rahmen von Kontrollen zur BekÃ¤mpfung von Schwarzarbeit (Â§Â 150 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ VI). Die Sofortmeldung ersetzt nicht die Meldung zur Sozialversicherung nach Â§Â 28a AbsÂ 1 SGBÂ IV, sondern besteht darÃ¼ber hinaus (Â§Â 28a AbsÂ 4 SatzÂ 4 SGBÂ IV). Sie wird durch die Einzugsstelle weder angenommen noch geprÃ¼ft. Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV bestimmt insofern abweichend die Datenstelle als entgegennehmende Stelle (Â§Â 98 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV idF des Sechsten Gesetzes zur Ãnderung des SGBÂ IV und anderer Gesetze vom 11.11.2016, BGBlÂ IÂ 2500, ab 1.1.2023: Â§Â 97 AbsÂ 1 SatzÂ 4 NrÂ 2 SGBÂ IV). Ein Datenabgleich mit vorhandenen Daten der Einzugsstelle (Â§Â 98 AbsÂ 2 SGBÂ IV; Â§Â 97 AbsÂ 1 SatzÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ IV idF des 6.Â SGBÂ IVÃndG, aaO) findet nicht statt. Die Sofortmeldung enthÃ¤lt insgesamt keine fÃ¼r die Entscheidung der Einzugsstelle nach Â§Â 28h AbsÂ 2 SGBÂ IV notwendigen Daten.

15
4.Â Die Einzugsstelle ist schlieÃlich nicht in analoger Anwendung des Â§Â 28h AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IV, auch nicht im (Gesamt)Zusammenhang mit den das Meldewesen regelnden Vorschriften des SGBÂ IV, zur Feststellung der Sofortmeldepflicht ermÃ¤chtigt. FÃ¼r eine Analogie ist nur im Fall einer planwidrigen RegelungslÃ¼cke Raum. Eine solche LÃ¼cke liegt nur dort vor, wo das Gesetz eine Regelung weder ausdrÃ¼cklich noch konkludent getroffen hat und es deshalb nach dem zugrunde liegenden gesetzlichen Konzept unvollstÃ¤ndig und damit ergÃ¤nzungsbedÃ¼rftig ist (BSG Urteil vom 6.7.2022 Â BÂ 5Â R 21/21Â RÂ juris RdNrÂ 38, zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR 4-1300 Â§ 63 NrÂ 32 vorgesehen; BSG Urteil vom 29.3.2022 Â BÂ 12Â KR 1/20Â RÂ juris RdNrÂ 20 mwN, zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE 134, 73 =Â SozR 42400 Â§Â 7a NrÂ 14 vorgesehen). Daran fehlt es hier, denn Arbeitgeber haben nach Â§Â 28p AbsÂ 1 SGBÂ IV (idF des LSVNeuordnungsgesetzes vom 12.4.2012, BGBlÂ IÂ 579) die MÃ¶glichkeit, im Rahmen einer BetriebsprÃ¼fung durch den fÃ¼r sie zustÃ¤ndigen RentenversicherungstrÃ¤ger die verbindliche KlÃ¤rung ihrer Sofortmeldepflicht zu erreichen. Diese Vorschrift rÃ¤umt Arbeitgebern einen Anspruch auf vorzeitige PrÃ¼fung der Sofortmeldepflicht nach 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV ein. Das folgt aus dem Gesetzeswortlaut (dazuÂ a) sowie der Gesetzessystematik (dazuÂ b), steht der Gesetzeshistorie nicht entgegen (dazuÂ c) und wird durch GrÃ¼nde der VerwaltungspraktikabilitÃ¤t gestÃ¼tzt (dazuÂ d). Der PrÃ¼fauftrag eines Arbeitgebers kann sich auf die Sofortmeldepflicht beschrÃ¤nken und geht mit der Befugnis des zustÃ¤ndigen RentenversicherungstrÃ¤ger einher, insofern einen feststellenden Verwaltungsakt zu erlassen (dazuÂ e).

16
a)Â Die TrÃ¤ger der Rentenversicherung prÃ¼fen gemÃ¤Ã Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV bei den Arbeitgebern, ob diese ihre Meldepflichten und ihre sonstigen Pflichten nach dem SGBÂ IV, die im Zusammenhang mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag stehen, ordnungsgemÃ¤Ã erfÃ¼llen; sie prÃ¼fen insbesondere die Richtigkeit der Beitragszahlungen und der Meldungen (Â§Â 28a) mindestens alle vier Jahre. Nach SatzÂ 2 der Vorschrift soll die BetriebsprÃ¼fung in kÃ¼rzeren ZeitabstÃ¤nden erfolgen, wenn der Arbeitgeber dies verlangt. Zweck einer vorzeitigen PrÃ¼fung ist die Begrenzung des Risikos fÃ¼r den Arbeitgeber, SozialversicherungsbeitrÃ¤ge fÃ¼r lÃ¤ngere ZeitrÃ¤ume nachzahlen zu mÃ¼ssen und wegen PflichtverstÃ¶Ãen bestraft oder mit einer GeldbuÃe belegt zu werden. Der RentenversicherungstrÃ¤ger ist daher verpflichtet, dem Verlangen nachzukommen, wenn keine besonderen UmstÃ¤nde vorliegen (â sollâ). Dem entspricht regelmÃ¤Ãig ein Anspruch des Arbeitgebers auf vorzeitige PrÃ¼fung. FÃ¼r deren Ablehnung ist lediglich in atypischen AusnahmefÃ¤llen Raum (vgl BSG Urteil vom 19.5.2022 Â BÂ 8Â SO 1/21Â RÂ juris RdNrÂ 21, zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen).

17
Diese MÃ¶glichkeit des vorgezogenen, nicht turnusgemÃ¤Ãen PrÃ¼fauftrags erstreckt sich auch auf die Sofortmeldepflicht nach Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV. Nach dem Wortlaut des Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV sind die ErfÃ¼llung der âMeldepflichtenâ und die Richtigkeit der âMeldungenâ zu prÃ¼fen. ErgÃ¤nzend wird in einem Klammerzusatz auf âÂ§Â 28aâ SGBÂ IV hingewiesen. Damit wird nicht auf bestimmte Meldepflichten, sondern auf sÃ¤mtliche in Â§Â 28a SGBÂ IV normierte Meldungen Bezug genommen. Â§Â 28a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV erfasst dabei nicht nur bereits abgegebene Meldungen. Zwar sieht die Regelung insbesondere die PrÃ¼fung von âMeldungenâ vor; daneben ist aber zu prÃ¼fen, ob die Arbeitgeber ihre Meldepflichten âerfÃ¼llenâ.

18
b)Â Auch gesetzessystematisch ist die Sofortmeldung dem betriebsprÃ¼fenden RentenversicherungstrÃ¤ger zugeordnet. Mit den Â§Â§Â 28aÂ ff SGBÂ IV hat sich der Gesetzgeber fÃ¼r eine Kompetenzverteilung zwischen den Krankenkassen als Einzugsstellen und den RentenversicherungstrÃ¤gern entschieden. Aufgabe der Einzugsstellen ist insbesondere die Feststellung der Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he in Bezug auf konkrete (gemeldete) BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisse und die laufende Ãberwachung der damit einhergehenden Beitragszahlung. Die Feststellung, welche Pflichten ein Arbeitgeber zu erfÃ¼llen und ggf nachzuholen hat, ist hingegen den RentenversicherungstrÃ¤gern im Rahmen einer BetriebsprÃ¼fung Ã¼bertragen. Bei Fragen, deren KlÃ¤rung nicht von den Kompetenzen der Einzugsstelle nach Â§Â 28h AbsÂ 2 SGBÂ IV umfasst ist, hat sie den fÃ¼r den Arbeitgeber zustÃ¤ndigen RentenversicherungstrÃ¤ger ggf auf die Erforderlichkeit einer BetriebsprÃ¼fung hinzuweisen (Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 3 SGBÂ IV).

19
Zudem gehen auch andere gesetzliche Regelungen von der PrÃ¼fung der

Sofortmeldepflicht im Rahmen einer BetriebsprÃ¼fung aus. Die RentenversicherungstrÃ¤ger sind grundsÃ¤tzlich die fÃ¼r die Verfolgung und Ahndung nach dem Gesetz Ã¼ber Ordnungswidrigkeiten (OWiG) zustÃ¤ndige BehÃ¶rde, wenn sie bei einer BetriebsprÃ¼fung einen VerstoÃ gegen die Sofortmeldepflicht feststellen (Â§Â 111 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 2 BuchstÂ b SGBÂ IV idF des Gesetzes zur StÃ¤rkung der BekÃ¤mpfung der Schwarzarbeit und illegalen BeschÃ¤ftigung vom 6.3.2017, BGBlÂ IÂ 399, iVm Â§Â 112 AbsÂ 1 NrÂ 4a SGBÂ IV, Â§Â§Â 35, 36 AbsÂ 1 NrÂ 1 OWiG).

20
c)Â Diesem Ergebnis steht die Gesetzeshistorie nicht entgegen. Bereits Â§Â 103 SGBÂ IV in der vom 1.1.1990 bis zum 31.7.2002 geltenden Fassung (Gesetz zur EinfÃ¼hrung eines Sozialversicherungsausweises und zur Ãnderung anderer Sozialgesetze vom 6.10.1989, BGBlÂ IÂ 1822; Gesetz zur Neuregelung der geringfÃ¼gigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisse vom 24.3.1999, BGBlÂ IÂ 388; Gesetz zur Erleichterung der BekÃ¤mpfung von illegaler BeschÃ¤ftigung und Schwarzarbeit vom 23.7.2002, BGBlÂ IÂ 2787) sah eine Sofortmeldung der Arbeitgeber bestimmter Gewerbe fÃ¼r jeden BeschÃ¤ftigten vor, der zur MitfÃ¼hrung eines Sozialversicherungsausweises verpflichtet war. Diese Meldung war gegenÃ¼ber der Einzugsstelle abzugeben. Vom 1.8. bis zum 31.12.2002 war die Meldung zu erstatten, wenn der BeschÃ¤ftigte am Tag des BeschÃ¤ftigungsbeginns den Sozialversicherungsausweis nicht vorgelegt hatte (Â§Â 28a AbsÂ 3a SatzÂ 1 SGBÂ IV idF des Gesetzes vom 23.7.2002, aaO, und des Zweiten Gesetzes fÃ¼r moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002, BGBlÂ IÂ 4621). Die Kontrolle dieser Sofortmeldungen oblag den TrÃ¤gern der GRV im Rahmen der Aufgaben nach Â§Â 28p SGBÂ IV (Â§Â 107 AbsÂ 3 SGBÂ IV idF des Gesetzes vom 6.10.1989 aaO; spÃ¤ter AbsÂ 5 idF des Gesetzes zur Ãnderung des Finanzverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze vom 7.7.1992, BGBlÂ IÂ 1222, AbsÂ 4 idF des Zweiten Gesetzes zur Ãnderung des SGB vom 13.6.1994, BGBlÂ IÂ 1229, AbsÂ 2 idF des Ersten SGBÂ IIIÃnderungsgesetzes vom 16.12.1997, BGBlÂ IÂ 2970,Â idF des Gesetzes vom 24.3.1999, aaO, des 4.Â EuroEinfÃ¼hrungsgesetzes vom 21.12.2000, BGBlÂ IÂ 1983, und des Gesetzes vom 23.7.2002, aaO). Zwar ist die ursprÃ¼ngliche, zum 1.1.2003 durch das Gesetz vom 23.12.2002 (aaO) aufgehobene Sonderzuweisung der Kontrolle der Sofortmeldungen an die RentenversicherungstrÃ¤ger mit der EinfÃ¼hrung der Sofortmeldepflicht nach Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV zum 1.1.2009 nicht wieder in das Gesetz aufgenommen worden. Durch die (erneute) Einordnung der Sofortmeldepflicht in Â§Â 28a SGBÂ IV bestand dazu aber auch keine Notwendigkeit, denn Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV nimmt vollumfÃ¤nglich Bezug auf Â§Â 28a SGBÂ IV. Auch wenn Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV bereits in der Zeit vom 1.8. bis zum 31.12.2002 bei Geltung des Â§Â 28a AbsÂ 3a iVm Â§Â 107 AbsÂ 2 SGBÂ IV (jeweils idF vom 23.7.2002, aaO) auf â(Â§Â 28a)â verwiesen hat, ist nichts dafÃ¼r ersichtlich, dass AbsÂ 4 von Â§Â 28a SGBÂ IV hÃ¤tte ausgenommen werden sollen.

21
d)Â FÃ¼r die PrÃ¼fung der Sofortmeldepflicht durch die RentenversicherungstrÃ¤ger sprechen auch GrÃ¼nde der

VerwaltungspraktikabilitÃ¤t. Die Sofortmeldepflicht knÃ¼pft an die ZugehÃ¶rigkeit der Arbeitgeber zu einem bestimmten Wirtschaftszweig oder bereich an und gilt umfassend fÃ¼r jedes einzelne BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis mit dem Arbeitgeber. ZustÃ¤ndige Einzugsstelle fÃ¼r den Gesamtsozialversicherungsbeitrag ist die jeweilige Krankenkasse, die der einzelne BeschÃ¤ftigte als Versicherter gewÃ¤hlt hat und deshalb die Krankenversicherung durchfÃ¼hrt (Â§Â 28i SatzÂ 1 SGBÂ IV idF der Bekanntmachung vom 12.11.2009, BGBlÂ IÂ 3710; Â§Â 173 SGBÂ V in der GÃ¼ltigkeit ab 1.1.1996). Arbeitgeber sehen sich deshalb ggf einer Vielzahl von Einzugsstellen gegenÃ¼ber. Das birgt unabhÃ¤ngig davon, welche Einzugsstelle fÃ¼r die PrÃ¼fung der Sofortmeldepflicht zustÃ¤ndig wÃ¤re, die Gefahr divergierender EinschÃ¤tzungen bei der Zuordnung des Arbeitgebers zu einem der einschlÃ¤gigen Wirtschaftszweige und bereiche. Eine fÃ¼r sÃ¤mtliche BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisse eines Arbeitgebers verbindliche einheitliche Feststellung der Sofortmeldepflicht kann so kaum erreicht werden. DemgegenÃ¼ber ist nur ein RentenversicherungstrÃ¤ger fÃ¼r einen Arbeitgeber in AbhÃ¤ngigkeit von der vergebenen Betriebsnummer zustÃ¤ndig (Â§Â 28p AbsÂ 2 SGBÂ IV).

22
e)Â Arbeitgeber kÃ¶nnen ihr PrÃ¼fverlangen nach Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ IV auf die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Sofortmeldepflicht beschrÃ¤nken. Die Feststellung Ã¼ber das (Nicht-)Bestehen der Sofortmeldepflicht nach Â§Â 28a AbsÂ 4 SGBÂ IV nach PrÃ¼fung der ZugehÃ¶rigkeit zu einem der dort genannten Wirtschaftszweige oder -bereiche greift auch nicht unzumutbar in den regelmÃ¤Ãigen Turnus der bei einem Arbeitgeber durchzufÃ¼hrenden BetriebsprÃ¼fungen ein. Einer vollstÃ¤ndigen BetriebsprÃ¼fung bedarf es insoweit nicht.

23
Die TrÃ¤ger der Rentenversicherung sind auch zum Erlass eines die Sofortmeldepflicht feststellenden oder ablehnenden Verwaltungsakts ermÃ¤chtigt und verpflichtet. Ihre Befugnis zum Erlass von Verwaltungsakten beschrÃ¤nkt sich nicht auf Bescheide zur Versicherungspflicht und BeitragshÃ¶he in den Zweigen der Sozialversicherung (Â§Â 28p AbsÂ 1 SatzÂ 5 SGBÂ IV). Sie sind im Rahmen ihres PrÃ¼fauftrags vielmehr umfassend ermÃ¤chtigt, Feststellungen im VerhÃ¤ltnis zum Arbeitgeber zu treffen (vgl zur Verwaltungsaktbefugnis im PrÃ¼fverhÃ¤ltnis gegenÃ¼ber einer Beihilfefestsetzungsstelle BSG Urteil vom 27.4.2021 Â BÂ 12Â R 14/19Â RÂ BSGE 132, 86 =Â SozR 42600 Â§Â 212a NrÂ 1, RdNrÂ 12Â ff). Dies liegt auch im Interesse der Arbeitgeber. Diese sollen bei einer regelmÃ¤Ãigen BetriebsprÃ¼fung durch den PrÃ¼fbescheid oder das AbschlussgesprÃ¤ch zur PrÃ¼fung Hinweise zu den beanstandeten (festgestellten) Sachverhalten erhalten, um in den weiteren Verfahren fehlerhafte Angaben zu vermeiden (Â§Â 7 AbsÂ 4 SatzÂ 2 Beitragsverfahrensverordnung idF des 6.Â SGBÂ IV-Ãnderungsgesetzes vom 11.11.2016, BGBlÂ IÂ 2500, und des Siebten Gesetzes zur Ãnderung des SGBÂ IV und anderer Gesetze vom 12.6.2020, BGBlÂ IÂ 1248). Ziel der Regelung ist es, durch Hinweise an die Arbeitgeber die Zahl der fehlerhaften EinschÃ¤tzungen von Sachverhalten in der Sozialversicherung weiter zu verringern (BTDrucks 18/8487 SÂ 62 Zu ArtÂ 17 Zu NrÂ 2 Zu BuchstÂ a). Arbeitgeber sollen daher

vollumfÃ¤nglich Kenntnis Ã¼ber die geprÃ¼ften Sachverhalte erhalten und nicht nur Ã¼ber diejenigen, die Beitragsnachforderungen nach sich ziehen. Damit korrespondiert ein Anspruch der Arbeitgeber auf Erlass eines PrÃ¼fbescheids Ã¼ber das Ergebnis der geprÃ¼ften Sachverhalte (BSG Urteil vom 19.9.2019 Â BÂ 12Â R 25/18Â RÂ BSGE 129, 95 =Â SozR 42400 Â§Â 7 NrÂ 43, RdNrÂ 29Â ff). Entsprechendes gilt fÃ¼r die verbindliche Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Sofortmeldepflicht.

24
5.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 3 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 1, Â§Â 162 AbsÂ 3 VwGO.

25
6.Â Die Streitwertfestsetzung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1, Â§Â 52 AbsÂ 2 und Â§Â 47 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GKG.

Â

Erstellt am: 10.07.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024